

Die Stelle des/der

**Oberbürgermeisterin/  
Oberbürgermeisters**

der Universitätsstadt Tübingen (ca. 84.000 Einwohner) ist wegen Ablaufs der Amtszeit des derzeitigen Stelleninhabers zum 11. Januar 2015 neu zu besetzen.

Die Wahl findet am Sonntag, 19. Oktober 2014, eine eventuell notwendig werdende Neuwahl am Sonntag, 09. November 2014, statt.

Die Amtszeit beträgt acht Jahre. Die Rechtsstellung und die Besoldung (B6/B7) richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Wählbar sind Deutsche im Sinne von Artikel 116 des Grundgesetzes und Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union (Unionsbürger), die vor der Zulassung der Bewerbungen in der Bundesrepublik Deutschland wohnen. Die Bewerber/innen müssen am Wahltag das 25., dürfen aber noch nicht das 65. Lebensjahr vollendet haben und müssen die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintreten.

Nicht wählbar sind die in § 46 Abs. 2 Nr. 1 und 2 und die in § 28 Abs. 2 in Verbindung mit § 14 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg genannten Personen.

Bewerbungen können frühestens am Tag nach dieser Stellenausschreibung und spätestens am Montag, 22. September 2014, 18:00 Uhr, schriftlich in verschlossenem Umschlag mit der Aufschrift "Oberbürgermeisterwahl" bei der Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses der Universitätsstadt Tübingen, Friedrichstraße 21, 72072 Tübingen, eingereicht werden.

Der Bewerbung müssen beigelegt oder spätestens bis zum Ende der Bewerbungsfrist nachgereicht werden:

- 100 Unterstützungsunterschriften von im Zeitpunkt der Unterzeichnung wahlberechtigten Personen einzeln auf amtlichen Formblättern (Formblätter werden auf Anforderung des Bewerbers/der Bewerberin unter Angabe des Namens und der Hauptwohnung ab sofort vom Bürgermeisteramt Tübingen kostenfrei ausgegeben);
- eine für die Wahl von der Gemeinde der Hauptwohnung des Bewerbers/der Bewerberin ausgestellte Wählbarkeitsbescheinigung auf amtlichem Formblatt;
- eine eidesstattliche Versicherung in welcher der Bewerber/die Bewerberin erklärt, dass sie/er nicht nach § 46 Abs. 2 der Gemeindeordnung von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist;
- von Unionsbürgern/Unionsbürgerinnen eine weitere eidesstattliche Versicherung, dass sie die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftsmitgliedstaates besitzen und in diesem Mitgliedstaat ihre Wählbarkeit nicht verloren haben. In Zweifelsfällen kann auch eine Bescheinigung der zuständigen Verwaltungsbehörde des Herkunftsmitgliedstaates für die Wählbarkeit verlangt werden. Ferner kann von Unionsbürgern/Unionsbürgerinnen verlangt werden, dass sie einen gültigen Identitätsausweis oder Reisepass vorlegen und ihre letzte Adresse in ihrem Herkunftsmitgliedstaat angeben.

Eine öffentliche Vorstellung der Bewerber/innen ist am Mittwoch, 01. Oktober 2014, vorgesehen.

Im Falle einer Neuwahl beginnt die Frist für die Einreichung neuer Bewerbungen am Montag, 20. Oktober 2014, und endet am Mittwoch, 22. Oktober 2014, 18:00 Uhr. Im Übrigen gelten die Vorschriften für die erste Wahl."